

Jahrestagung 2017 in Dortmund

Die Jahreshauptversammlung des PEN-Zentrums Deutschland hat folgende Resolution verabschiedet:

Pressefreiheit und Menschenrechte in Russland, insbesondere in Tschetschenien

Die in Dortmund versammelten Mitglieder des deutschen PEN fordern die Regierung der Russischen Föderation auf, die Pressefreiheit und den Schutz der Menschenrechte landesweit zu gewährleisten. Drohungen gegen einzelne Zeitungen und Journalist/innen wie letzthin gegen Elena Milashina von der Novaya Gazeta sind zu untersuchen und zu unterbinden.

Der Hintergrund:

Am 1. April 2017 hat die führende unabhängige russische Tageszeitung Novaya Gazeta über die unerträgliche Lage homosexueller Menschen in der Autonomen Republik Tschetschenien berichtet. Die Journalistin Elena Milashina hat 100 aktuelle Fälle zusammengetragen, bei denen Menschen ihrer (angenommenen) sexuellen Orientierung wegen in Tschetschenien entführt, verschleppt, gefoltert und/oder misshandelt wurden. Unter den Opfern befinden sich auch einige Journalisten. Mindestens drei der Opfer wurden ermordet. Dieser Bericht deckt sich mit den Erkenntnissen lokaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen, so des UNO-Menschenrechtsrats UNHRC.

Statt diese Menschenrechtsverletzungen aufzuklären, sie abzustellen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, hat die tschetschenische Lokalregierung die geschilderten Vorfälle nur insofern bestritten, als es in Tschetschenien ohnehin keine homosexuellen Menschen gebe. Ihre Beseitigung durch die Regierung sei schon deshalb nicht erforderlich, als dies bereits durch die Familien erledigt würde: so der Regierungsberater Adam Shakhidov. Auf einer Demonstration der Regierungspartei in der Tschetschenischen Hauptstadt Grozny wurden die Journalisten der Novaya Gazeta als „Feinde unseres Glaubens und Vaterlands“ gebrandmarkt. Eine auf der Versammlung beschlossene Resolution drohte diesen Feinden „wer immer und wo immer sie sind“ Vergeltung an.

Die Journalistin Elena Milashina hat daraufhin angekündigt, Russland zu verlassen. Verständlich: Seit 1992 wurden in Russland mindestens 52 Journalist/innen ihrer Arbeit wegen ermordet.